V-10-082-2: Für eine aktive und nachhaltige Wohnungspolitik

Antragsteller*innen Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Nach Zeile 82 einfügen:

Den maßlosen Mietsteigerungen in Berlin und anderen Großstädten Einhalt gebieten

Die Bundesregierung muss dringend, entschlossen und dauerhaft die dreisten Mietforderungen begrenzen, die in Berlin und anderen Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt insbesondere Wohnungssuchenden abverlangt werden.
Der Senat wird aufgefordert, im Bundesrat und im Bündnis mit anderen besonders betroffenen Großstädten auf die Bundesregierung einzuwirken, dass das Mietrecht endlich in wirksamer Weise sozialverträglich gestaltet wird. Dazu sind für Berlin und alle Städte mit angespannten Wohnungsmärkten als erster Schritt alle von der Ampelkoalition im Koalitionsvertrag von 2021 zugesagten Entlastungen für die Mieter noch in dieser Bundestagslegislatur unabdingbar.
Darüber hinausgehend muss auf Bundesebene die Mietpreisbremse zu einem dauerhaft wirksamen Instrument gemacht werden und solange gelten, wie der Wohnungsmarkt nach §201a BauGB angespannt ist. Der Mietwucher nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz muss scharf gestellt werden. Die

Einschränkung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen nach § 250 BauGB muss so lange gelten wie die Wohnungsmarktlage angespannt ist. Die Vermietung von möblierten Wohnungen muss reguliert werden, indem neben der mietrechtlich zulässigen Miete für die Möbel ein angemessener, zeitlich befristeter Zuschlag berechnet wird. Auch die versprochene Neue Wohnungsgemeinnützigkeit muss endlich eingeführt werden und das in einer Weise, dass damit viele dauerhaft sozial gebundene Wohnungen geschaffen werden.

Begründung

Seit über zwei Jahren verhindern im Bund FDP und SPD die kleinen mietrechtlich und wohnungspolitisch längst überfälligen Reformen, die der Koalitionsvertrag der Ampelregierung versprochen hat. Das Nichthandeln der Bundesregierung nutzt die finanzmarktorientierte Wohnungswirtschaft und untergräbt und zerstört mit immer höheren Mietforderungen systematisch die Grundlagen eines sozial wirksamen und Mietsteigerungen begrenzenden Mietrechts. Dem muss dringend Einhalt geboten werden!

Unterstützer*innen

Michael Knoll (KV Berlin-Pankow), Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei), Rita Fakunmoju (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei)